

IFK aktuell

Juni 2006

III/06 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik

INSTITUT FÜR FRIEDENSSICHERUNG UND KONFLIKTMANAGEMENT
DER LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN



Aus dem Inhalt

Den Krieg gewonnen,
den Frieden verloren?

Religion, Gewalt
und Milizen

Auswirkungen auf die
Region

Wie geht's weiter?

IRAK 2006

Normalisierung

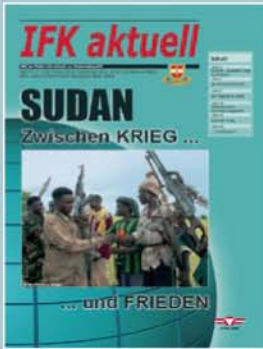
„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild
nur in der Hardcopy verfügbar“

oder

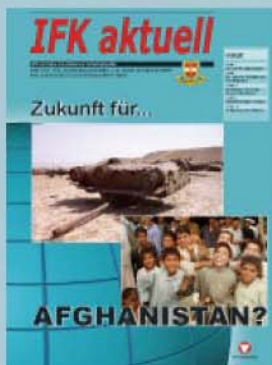
„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild
nur in der Hardcopy verfügbar“

Bürgerkrieg?





Obwohl am 9. Jänner 2005 zwischen Nord- und Südsudan ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet wurde, bleibt der Sudan in den internationalen Schlagzeilen. In diesem riesigen Land bestehen nämlich mehrere ungelöste Konflikte, die immer wieder aufflammen.



Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 verschwand Afghanistan weitgehend aus den Medien. Über den Bürgerkrieg und die Herrschaft der Taliban wurde nur sporadisch berichtet. Auch nach der US-geführten militärischen Intervention herrscht im Land nur ein unsicherer Frieden.



Wir werden von einer neuen Form des Terrorismus bedroht - er ist global, kompromisslos und gewalttätiger als alles, was wir diesbezüglich bisher kannten. Die Broschüre untersucht dieses Phänomen.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVAK/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml

Der Institutsleiter
Dr. Walter FEICHTINGER
Brigadier

Inhaltsverzeichnis

Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren?	Seite 1
Rückkehr der UNO	Seite 1
Frei gewählte Regierung als Ausdruck der Souveränität	Seite 3
Die Verfassung - Rechtsbasis und Konfliktstoff zugleich	Seite 4
Irrtum und Enttäuschung auf beiden Seiten	Seite 6
Erstarkender Widerstand gefährdet Wiederaufbau	Seite 7
Wer sind die Aufständischen?	Seite 7
Widerstandskämpfer verfolgen mehrere Strategien	Seite 8
Religion, Gewalt und Milizen	Seite 10
Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheitslage	Seite 12
Forcierter Aufbau irakischer Sicherheitskräfte	Seite 12
Wiederaufbau und internationales Engagement	Seite 13
Auswirkungen auf die Region	Seite 14
Wie geht's weiter?	Seite 15

Drei Jahre, nachdem US-Präsident Bush den Sieg der USA im Irak verkündet hat, steht das Land auf der Kippe. Pessimisten malen das Schreckgespenst eines drohenden Bürgerkriegs an die Wand und befürchten das Auseinanderbrechen des Staates. Optimisten verweisen auf die erfolgreich durchgeführten Wahlen, die zunehmende Stärke der irakischen Sicherheitskräfte und gewisse Anzeichen einer Normalisierung. Bush möchte vor allem aus innenpolitischen Gründen möglichst rasch Truppen abziehen, während täglich durchschnittlich 75 Anschläge den Alltag der Iraker erschüttern und das städtische Leichenschauhaus von Bagdad alleine im April 1.091 Mordopfer registrierte.

Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren?

Die von den USA angeführte Intervention im Irak 2003 war vorerst ein eindrucksvoller militärischer Erfolg. Nach dem Sturz des Regimes Saddam Husseins sollte ein friedlicher und demokratischer Staat geschaffen werden. US-Vorstellungen zufolge würde der Irak durch seine Vorbildwirkung die Demokratisierung des gesamten Mittleren Ostens in Gang setzen. Ein Strafprozess gegen Saddam sollte nicht nur die irakische Bevölkerung zufrieden stellen, sondern auch eine Warnung an andere Diktatoren sein.

Die Besatzer mussten jedoch bald harte Rückschläge hinnehmen. Im Irak wurden bis heute keine Massenvernichtungswaffen gefunden. Auch die Saddam vorgeworfenen Verbindungen zu Usama bin Ladens Terrororganisation al-Kaida dürften niemals existiert haben.

Das Unvermögen der Besatzungstruppen, rasch Ruhe und Ordnung im Land herzustellen, war der Auslöser für einen Aufstand, der das Land bedrohlich destabilisiert. Irakische Untergrundkämpfer und aus dem Ausland eingeschleuste Islamisten attackieren nicht nur ausländische Soldaten und irakische Sicherheitskräfte, sondern auch zunehmend Zivilisten. Über dem Irak hängt das Damoklesschwert eines Bürgerkrieges.

Unter diesen Umständen darf es nicht verwundern, dass die USA ihre Erwartungen zurückgeschraubt haben. Die „National Strategy for Victory in Iraq“ der US-Regierung vom November 2005 nennt nunmehr als Ziel einen sicheren und stabilen Irak, der islamistische Terroristen nicht unterstützt.

Rückkehr der UNO

Eine Legitimation des US-Vorgehens durch den UNO-Sicherheitsrat (UNSR) war am Widerstand der Ve-

tomächte Frankreich, Russland und China gescheitert. Washington marschierte dennoch in den Irak ein und wurde dafür international scharf kritisiert. Nach dem erfolgreichen Feldzug waren die USA jedoch schließlich doch wieder an einer möglichst raschen Einbindung der internationalen Gemeinschaft interessiert. Dies sollte durch die Aufwertung der Rolle der UNO im Irak erreicht werden, was jedoch Kompromisse notwendig machte.

Am 6. Mai 2003 anerkannte die UNO mit der UNSR-Resolution 1483 die von den USA geschaffene Verwaltungsbehörde als Besatzungsmacht. Weiters wurde die Funktion eines UN-Sonderrepräsentanten im Irak geschaffen, der jedoch keinen Einfluss auf die Verwaltungsbehörde hatte. Die UN-Mitgliedsstaaten wurden aufgerufen, Truppen zur Stabilisierung der Lage im Irak zu stellen. UNSR-Resolution 1500 vom 14. August definierte die Rolle der UN-Sondermission im Irak näher und diente als Basis für die „UN Assistance Mission for Iraq“ (UNAMI), die etwa 300 Personen stark sein sollte. Die USA bemühten sich weiters, die internationale Zustimmung zur Präsenz der Koalitionstruppen zu erhöhen. Am 16. Oktober 2003 autorisierte UNSR-Resolution 1511 die Anwesenheit einer multinationalen Truppe (Multinational Force Iraq/MNF-I) unter US-Kommando im Irak.

Die UNSR-Resolution 1546 vom 8. Juni 2004 begrüßte die bevorstehende Übergabe der Hoheitsgewalt im Irak und bestätigte den Aufgabenbereich der Übergangsregierung. Weiters sah sie ein provisorisches Parlament vor, das zwar keine Gesetze beschließen, jedoch Regierungsbeschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit zurückweisen konnte. Über Angelegenheiten, die nicht Sicherheitsfragen betrafen, hatte die US-Verwaltung im Irak damit nicht mehr das letzte Wort.

Wichtig war vor allem die Festlegung der Dauer der Besetzung und des rechtlichen Status der Koalitionstruppen durch die Resolution. Das Mandat der Koalitionstruppen sollte vom UN-Sicherheitsrat nach einem Jahr oder auf Wunsch der irakischen Regierung überprüft werden. Sobald diese es wünscht, sollte das

Basisdaten Irak

Name:	Republik Irak (Al Jumhuriyah al Iraqiyah)	Regierungschef:	Nuri Kamil al-Maliki
Größe:	437.072 km ²	Altersstruktur:	0-14 Jahre: 39,7%
Bevölkerung:	26,783,383 (Schätzung Juli 2006)	(Schätzung 2006) 15-64 Jahre:	57,3%
Sprachen:	Arabisch, Kurdisch (Amtssprache in der kurdischen Region), Assyrisch, Armenisch	64 Jahre und älter:	3%
Ethnische Gruppen:	75-80% Araber, 15-20% Kurden, 5% andere	Lebenserwartung bei der Geburt:	Männer 67 Jahre, Frauen 70 Jahre (Schätzung 2006)
Religion:	97% Moslems (60-65% Schiiten, 32-37% Sunniten), 3% andere (vor allem Christen)	Hauptexportgüter:	Rohöl, andere Rohstoffe, Nahrungsmittel und Tiere
Staatsoberhaupt:	Jalal Talabani (seit 6. April 2005)	BIP pro Kopf (auf Dollarbasis, Schätzung 2005):	3.400\$
		Wirtschaftswachstum:	-3% (Schätzung 2005)

Quelle: CIA – The World Factbook

Bevölkerung und Ölindustrie im Irak



Gestaltung: SHZ / F. Lutz, Bearbeitung: Autor

Chronologie

2003:

19. März: Beginn der US-„Operation Iraqi Freedom“.
9. April: US-Armee nimmt Bagdad ein.
1. Mai: US-Präsident George W. Bush erklärt die Kampfhandlungen für beendet.
6. Mai: Resolution 1483 des UN-Sicherheitsrates anerkennt die von den USA im Irak eingerichtete Verwaltungsbehörde.
14. August: Resolution 1500 des UN-Sicherheitsrates begründet die „UN Assistance Mission in Iraq“ (UNAMI).
16. Oktober: Resolution 1511 des UN-Sicherheitsrates autorisiert die Anwesenheit einer US-geführten Truppe im Irak.
14. Dezember: Ex-Präsident Saddam Hussein wird gefangen genommen.

2004:

28. April: Folter durch US-Soldaten im Gefängnis von Abu Ghraib wird bekannt.
8. Juni: Resolution 1546 des UN-Sicherheitsrates legt die Dauer der Besetzung und den rechtlichen Status der Besatzungstruppen im Irak fest.

28. Juni: USA übergeben Hoheitsrechte an eine irakische Regierung.
16. September: UN-Generalsekretär Kofi Annan erklärt den Irak-Krieg für illegal.

2005:

30. Jänner: Iraker wählen eine provisorische Nationalversammlung.
15. Oktober: Volksabstimmung über eine neue Verfassung.
11. November: Resolution 1637 des UN-Sicherheitsrates verlängert das Mandat der Koalitionstruppen im Irak bis 31. Dezember 2006.
15. Dezember: Wahl eines neuen Parlaments.

2006:

22. Februar: Die Goldene Moschee in Samarra wird durch eine Bombe schwer beschädigt, was zu schweren Unruhen führt.
21. März: Bush kündigt einen Verbleib der US-Truppen im Irak bis mindestens 2009 an.
21. April: Nuri Kamil al-Maliki wird zum Premierminister designiert.
20. Mai: Al-Maliki stellt dem Parlament seine Regierung vor.

Mandat enden, in jedem Fall jedoch mit der Verteidigung der neuen irakischen Regierung Ende 2005. Die vorgesehene Überprüfung durch den UN-Sicherheitsrat fand am 8. Juni 2005 statt, Änderungen wurden nicht vorgenommen. Eine weitere Überprüfung ist für den 8. Juni 2006 vorgesehen. Mit der UNSR-Resolution 1637 vom 11. November 2005 wurde das Mandat der Koalitionstruppen bis 31. Dezember 2006 verlängert. Auf Wunsch der irakischen Regierung ist jedoch weiterhin ein vorzeitiges Ende möglich.

Laut dieser Resolution sollte zwischen einer durch Wahlen legitimierten irakischen Regierung und den USA ein Abkommen über den Status der Koalitionstruppen im Irak geschlossen werden. Dies ist bisher nicht geschehen, und die US-Truppen nutzen irakische Einrichtungen aufgrund provisorischer Vereinbarungen. In einem Anhang zu dieser Resolution wird das

Verhältnis zwischen der amerikanischen Armee und den irakischen Truppen als „partnerschaftlich“ bezeichnet. Die irakischen Einheiten sind demnach der „wichtigste Partner“ für die multinationale Truppe. Allerdings kann die irakische Regierung Operationen der Koalitionstruppen nicht verbieten, und diese dürfen auch weiterhin Gefangene machen.

Frei gewählte Regierung als Ausdruck der Souveränität

Am 20. Mai 2006 stellte Premierminister Nuri Kamil al-Maliki die erste frei gewählte Regierung in der Geschichte des Irak vor. Nach den Parlamentswahlen am 15. Dezember 2005 hatten sich die Parteien nur mit Mühe auf einen Regierungschef einigen können. Die

Vereinigte Irakische Allianz war aus der Wahl mit 128 der 275 Mandate als stärkste Fraktion im Parlament hervorgegangen. Sie verfügte jedoch nicht über die erforderliche Mehrheit, um einen Kandidaten alleine durchsetzen zu können. Die Nominierung al-Malikis ist Teil eines Kompromisses, der auch die Verteilung der Ministerposten umfasst.

Gerade dieser Punkt ist wichtig für die Einbindung der Sunniten in den politischen Prozess. Sie hatten die Wahlen zu einer vorläufigen Nationalversammlung am

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Nuri Kamil al-Maliki, geboren 1950, studierte an den Universitäten Bagdad und Erbil islamische Religionswissenschaft und politische Geisteswissenschaft. Noch während des Studiums schloss er sich Ende der 1960er-Jahre der Dawa-Partei an. Die Baathisten verurteilten ihn wegen Widerstandsaktionen zum Tode. Er floh zunächst in den Iran und ließ sich später in Damaskus nieder, wo er zum Führungsmitglied der Dawa aufstieg. Als Autor und Herausgeber einer Zeitschrift kritisierte al-Maliki wiederholt Saddam Hussein.

Nach der US-geführten Intervention war er unter den ersten Heimkehrern in den Irak. Er hielt sich in der Folgezeit im Hintergrund, erwarb sich jedoch bei den USA den Ruf eines „Mannes, mit dem wir arbeiten können“. Viele Iraker fürchten ihn als harten Vertreter schiitischer Interessen, viele sunnitische Politiker lernten ihn jedoch als Hauptunterhändler der schiitischen Allianz zu respektieren. Darum stimmten sie seiner Nominierung zum Regierungschef zu.

30. Jänner 2005 größtenteils boykottiert. Das Saddam-Regime hatte die arabischen Sunniten klar bevorzugt, doch inzwischen befürchteten sie, künftig nur eine untergeordnete Rolle zu spielen, da sie nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Weiters riefen sunnitische Kleriker zum Wahlboykott auf. Trotzdem beabsichtigte eine relativ gemäßigte Partei der Sunniten, zur Wahl anzutreten. Sie zog sich jedoch einen Monat vor dem Wahltermin wegen der schlechten Sicherheitslage zurück. Ihrer Meinung nach wurden in den überwiegend sunnitischen Gebieten die Wähler von Aufständischen eingeschüchtert.

Im Lauf des Jahres 2005 erkannten die sunnitischen Führer jedoch, dass sie am politischen Prozess teilnehmen mussten, um sich zumindest eine gewisse Mitsprache zu sichern. Daher traten bei der Wahl im Dezember 2005 größere sunnitische Parteien an. Als zusätzlicher Anreiz wurde für diese Wahlen das Wahlrecht geändert, um die Chancen der Sunniten zu erhöhen. So sollte jede Provinz eine festgelegte Anzahl von Mandatären in das Parlament entsenden, was die Bevölkerungsmehrheit einer Provinz bevorzugte. 230 Sitze wurden auf diese Art vergeben. Weitere 45 waren für Gruppierungen vorgesehen, die auf Provinzebene kein Mandat errangen, aber landesweit Stimmen erhielten.

Die Verfassung - Rechtsbasis und Konfliktstoff zugleich

Grundlage für die Wahl eines neuen Parlaments war die Verabschiedung einer neuen Verfassung. Im Mai 2005 richtete die Nationalversammlung zu diesem Zweck einen Ausschuss ein.

Ergebnis der Verhandlungen war ein Verfassungsentwurf, der den Islam als hauptsächliche Rechtsquelle bezeichnete. Kein Gesetz darf demnach gegen die Vorschriften des Islam verstoßen. Die Verfassung sieht die Einrichtung ziviler und religiöser Gerichte vor, die bei der Behandlung von familiären Fragen wie Scheidung und Erbschaftsangelegenheiten gleichrangig sind. Familien können wählen, an welches Gericht sie sich wenden und damit auch, nach welchem Recht verhandelt wird. Frauen protestierten gegen diese Regelung, da sie befürchteten, dass sich Männer vor allem an religiöse Gerichte wenden würden. Der Oberste Gerichtshof soll jedoch mit Richtern und Experten für ziviles und islamisches Recht besetzt werden.

Who is Who im Irak?

Vereinigte Irakische Allianz (United Iraqi Alliance - UIA)

Die UIA ist eine Wahlallianz schiitischer Parteien, auch als Schiitische Allianz bekannt. Als Sammelbecken der schiitischen Bevölkerungsmehrheit ist sie mit 128 Mandaten die bei weitem stärkste Kraft im Parlament. Eine entscheidende Rolle spielt **Großayatollah Ali as-Sistani**, der wichtigste schiitische Theologe im Irak. Er bekleidet weder ein politisches Amt, noch eine Parteifunktion, ist aber aufgrund seiner Popularität eine zentrale Figur in der Innenpolitik. Auch für die USA ist er ein ernstzunehmender Faktor.

Oberster Rat für die Islamische Revolution im Irak (Supreme Council for the Islamic Revolution in Iraq - SCIRI)

Die größte und am Besten organisierte schiitische Partei wurde auf iranische Initiative 1982 in Teheran gegründet. Geführt von Abd al-Aziz al-Hakim, ist sie Teil der UIA und verfügt über 30 Sitze im neuen Parlament. Die Partei befürwortet die Bildung einer „schiitischen Region“, die aus den neun südlichen Provinzen des Irak bestehen soll. Der SCIRI verfügt über eine eigene Miliz, die Badr-Brigaden.

Dawa

Gegründet 1957, ist die Dawa die älteste schiitische islamistische Partei. Sie war Anfang der 1980er-Jahre gegen Saddam Hussein im Irak aktiv, aber auch in Kuwait, das Saddam damals im Krieg gegen den Iran unterstützte. Ihr Gründer, Mohammed Bakr al-Sadr, war ein Verbündeter Ayatollah Khomeinis im Iran und wurde 1980 im Irak gehängt. Die Partei ist Teil der UIA und verfügt über 28 Sitze im Parlament, geführt wird sie von Ibrahim al-Jaafari.

Moktada al-Sadr

Ein radikaler schiitischer Kleriker, der über eine starke politische Basis in Sadr City, einem verarmten Bezirk Bagdads mit etwa zwei Millionen Einwohnern, verfügt. Er gründete 2003 die Mahdi-Armee und

forderte die USA offen heraus. 2004 kam es zu heftigen Gefechten zwischen der Miliz und irakischen Sicherheitskräften, die massiv von den US-Truppen unterstützt wurden. Die Kämpfe endeten nach Verhandlungen, al-Sadr wurde Straffreiheit zugesichert. Er lehnte ursprünglich die Wahlen im Irak als Produkt der Okkupation durch die USA ab, ließ jedoch einige seiner Anhänger bei den Wahlen im Jänner 2005 auf der Liste der UIA kandidieren. Für die Wahlen im Dezember schloss er sich der UIA an, er verfügt über 32 Sitze im Parlament. Er spricht sich gegen die Bildung einer „schiitischen Region“ aus.

Allianz Kurdistans

Die Gruppierung besteht aus den wichtigsten kurdischen Parteien, der **Demokratischen Partei Kurdistans (Kurdistan Democratic Party - KDP)** und der **Patriotischen Union Kurdistans (Patriotic Union of Kurdistan - PUK)**. Der Führer der PUK, Jalal Talabani, wurde im April 2005 zum irakischen Präsidenten gewählt. Massud Barzani, der die KDP leitet, wurde von der kurdischen Regionalversammlung im Juni 2005 zum „Präsidenten von Kurdistan“ gewählt. Gemeinsam verfügen die beiden Parteien über Milizen von etwa 70.000 bis 100.000 Mann, die Peschmerga. Im neuen Parlament ist die Allianz mit 53 Mandatären vertreten.

Nationale Eintracht des Irak (Iraq National Accord - INA)

Eine säkulare Partei, die vor allem aus Ex-Mitgliedern der Baath-Partei und Militärs besteht, die in den 1990er-Jahren den Sturz Saddam Husseins betrieben. Angeführt wird sie von Iyad al-Allawi, der von Juni 2004 bis April 2005 Übergangspräsident war. Bei den Wahlen trat die Partei im Rahmen einer Parteienallianz an, die sie dominierte – im Jänner 2005 mit der **Irakischen Liste (Iraqi List)**, im Dezember mit der **Nationalen Irakischen Liste (Iraqi National List)**. Diese Allianz verfügt im neuen Parlament über 25 Sitze.

Die Kurden, deren Ziel ein weitgehend unabhängiges Kurdistan ist, setzten wesentliche Forderungen durch. Bis 31. Dezember 2007 sollen alle von Saddam aus Kirkuk vertriebenen Kurden zurückkehren. Ein Referendum soll darüber entscheiden, ob Kirkuk Teil des kurdischen Autonomiegebietes wird. Bei der gleichzeitig mit den Wahlen zur Nationalversammlung stattfindenden

Wahl der Provinzversammlungen erhielten die Kurdenparteien in der Provinz Kirkuk 60 Prozent der Stimmen.

Mehrere Provinzen können sich der Verfassung zufolge zu autonomen Regionen zusammenschließen. Jede dieser Regionen kann eigene Sicherheitskräfte aufstellen,

was zur Auflösung der gesamtstaatlichen Sicherheitskräfte führen könnte. Weiters ist ein Föderationsrat als zweite Parlamentskammer zu bilden. Größe und Kompetenzen dieses Gremiums sind noch nicht festgelegt. Es dürfte sich jedoch mit für die Regionen relevanten Gesetzen beschäftigen. Die sunnitischen Verhandler sprachen sich vehement gegen eine Föderalisierung des Irak aus, da sie den Zerfall des Landes befürchten.

Die Einnahmen aus bereits erschlossenen Öl- und Gasfeldern sollen im Verhältnis zur Bevölkerungsstärke an die Provinzen verteilt werden, jene aus neuen Vorkommen fließen direkt an die jeweilige Region. Die Sunniten sprachen sich heftig gegen diese Regelung aus, da in den von ihnen bewohnten Gebieten keine nennenswerten Öl- oder Gasvorkommen existieren.

In Nachverhandlungen wurde ein endgültiger Text erarbeitet, in dem einige Änderungswünsche der Sunniten berücksichtigt wurden. Trotzdem war klar, dass diese Volksgruppe im neuen Irak bei weitem nicht die bedeutende Rolle spielen würde wie unter Saddam. Die Föderalisierung des Landes und die Neuverteilung der Einnahmen aus dem Ölgeschäft droht sie zu marginalisieren. Sunnitische Führer, vor allem einflussreiche Kleriker, riefen daher dazu auf, beim Verfassungsreferendum mit „Nein“ zu stimmen.

Auf Vermittlung des US-Botschafters einigten sich die wichtigsten Gruppierungen darauf, dass das Parlament nach den Wahlen ein Änderungspaket erarbeiten sollte. Dieses wird wieder einer Volksabstimmung unterzogen. Allerdings erklärte SCIRI-Führer Abd al-Aziz al-Hakim später, dass über die Grundprinzipien der Verfassung keine Verhandlungen möglich sind. Auch internationale Beobachter erwarten nicht, dass es noch zu wesentlichen Änderungen kommt.

In den Wochen vor der Abstimmung ließen sich zahlreiche Sunniten registrieren, um in zumindest drei Provinzen eine Zweidrittelmehrheit gegen die Verfassung zu erreichen. Damit wäre die Verfassung abgelehnt gewesen. Die Beteiligung beim Referendum am 15. Oktober 2005 lag bei etwa 60%, was darauf hinwies, dass auch viele Sunniten ihre Stimme abgaben. Landesweit stimmten fast 80 Prozent der Verfassung zu, nur in zwei Provinzen wurde sie abgelehnt.

Irrtum und Enttäuschung auf beiden Seiten

Die US-Planer hatten ursprünglich angenommen, dass Saddam Hussein schon während der Luftangriffe zur Vorbereitung der Bodenoffensive gestürzt würde. Spätestens beim Angriff der Bodentruppen sollte das Regime durch einen Aufstand oder Putsch beseitigt werden, die staatlichen Strukturen jedoch erhalten bleiben. US-Präsident George W. Bush forderte in einer Rede kurz vor der Invasion das irakische Militär zu einem Staatsstreich auf. Selbst wenn Saddam nicht sofort gestürzt würde, erwartete man, dass die irakischen Soldaten nicht kämpfen würden. Im Golfkrieg 1991 hatten die US-Truppen diese Erfahrung gemacht – tausende Irakis hatten sich ohne Gegenwehr ergeben.

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Iraks Präsident Jalal Talabani (rechts) und Massoud Barzani (links), Präsident der Region Kurdistan, garantieren den Kurden eine starke Position.

Tatsächlich leisteten Teile der irakischen Armee jedoch weitaus stärkeren Widerstand als erwartet. Besonders das Ausmaß der Kämpfe im Süden des Landes überraschte das US-Oberkommando vermutlich ebenso wie das Regime in Bagdad. Der hartnäckige Widerstand der irakischen Armee im Süden dürfte organisatorische und ideologische Gründe gehabt haben.

Nachdem der organisierte Widerstand gegen die Koalitionstruppen zusammengebrochen war, entstand ein Machtvakuum, das die Besatzer füllen sollten. Erfahrungsgemäß sind die ersten sechs bis 12 Wochen einer Okkupation entscheidend. Es zeigte sich jedoch rasch, dass die Koalitionstruppen allein zahlenmäßig zu schwach waren, um Ruhe und Ordnung zu schaffen und aufrecht zu erhalten. In einer Anhörung des US-Senats im Februar 2005 erklärte der Stabschef der Armee, General Eric Shinseki, dass für die Besetzung mehrere hunderttausend Soldaten notwendig seien. Kurz nach

der Invasion erschien eine Studie über Staatsaufbau, die zum Schluss kam, dass pro 1.000 Einwohner in besetztem Gebiet etwa 20 Mann Sicherheitskräfte (Polizei und Armee) notwendig sind. Das bedeutet, dass die Koalitionstruppen 400.000 bis 500.000 Mann stark sein müssten. Tatsächlich hatten die USA zu diesem Zeitpunkt 310.000 Soldaten für den Irakkrieg im Einsatz, davon 116.000 im Irak. Die Stärke der im Irak eingesetzten Truppen betrug auch später nie mehr als 160.000 Mann.

Erstarkender Widerstand gefährdet Wiederaufbau

Zweifellos waren die Fehleinschätzungen der US-Planer vor dem Einmarsch und die schwerwiegenden Versäumnisse unmittelbar danach für den zunehmenden Widerstand von entscheidender Bedeutung. Durch die ungeordnete Auflösung der irakischen Armee und das Verbot von Saddams Baath-Partei ging das vorhandene Ordnungs- und Kontrollgefüge verloren. Die Entfernung der Baathisten aus der Verwaltung und dem Bildungssystem machte viele gut ausgebildete Iraker zu erbitterten Gegnern der Besatzer. Zudem gelang es nicht, die Kontrolle über die über das ganze Land verstreuten Waffen- und Munitionslager zu erlangen. Vor allem die ehemaligen Soldaten unter den Widerstandskämpfern haben daher kein Nachschubproblem. Schätzungen zufolge fielen etwa 250.000 Tonnen Munition und unzählige Waffen in ihre Hände.

„Saddam hat die irakische Gesellschaft zerstört; das macht den Wiederaufbau so schwierig“

Irak-Experte anlässlich einer Tagung in Paris 2006

Weiters verdächtigen die USA Syrien und den Iran, die Widerstandsgruppen zu unterstützen. Syrien soll Trainingslager für Aufständische auf seinem Territorium dulden und sie nicht daran hindern, über die Grenze in den Irak zu gehen. Damaskus lieferte als Demonstration seiner Kooperationsbereitschaft im Februar 2005 Saddam Husseins Halbbruder und Sicherheitschef Sabawi Ibrahim al-Hassan an den Irak aus. Auch bei der Bekämpfung der al Kaida arbeitet Damaskus mit den USA zusammen, was auch in einigen Berichten von US-Regierungsstellen anerkannt wird.

Der Iran besitzt im Irak zweifellos politischen Einfluss und hält sich dabei mehrere Optionen offen. Teheran unterstützt den von den USA in Gang gesetzten politischen Prozess im Land, weil dieser die pro-iranischen Schiiten begünstigt. Da diese Gruppe 60 Prozent der Einwohner des Irak umfasst, ist ihr die Vorherrschaft in einem demokratisch gewählten Parlament und damit auch in der Regierung sicher. Allerdings besteht für den Iran auch die Möglichkeit, militante Gruppen im Irak zu unterstützen, um den „Aufenthaltspreis“ für die Koalitionstruppen zu erhöhen.

Wer sind die Aufständischen?

Äußerst unübersichtlicher Widerstand

Das US-Militär vermutet etwa 20.000 Widerstandskämpfer im Irak. Seit dem Beginn des Aufstands gehen Besatzer und Beobachter der Frage nach, wie sie organisiert sind und allenfalls kooperieren. Über ihren ideologischen Hintergrund und ihre Ziele gibt es mehr Annahmen als gesicherte Ergebnisse, was die Bekämpfung des Widerstands erschwert.

Die Anhänger des alten politischen Systems bildeten schon bald nach der Besetzung des Irak Widerstandsgruppen. Etwa 750.000 Mitglieder der Baath-Partei sahen sich aus der Verwaltung und dem Bildungssystem entfernt. Durch die Auflösung der Armee wurden tausende erfahrene Offiziere arbeitslos.

Der Großteil der Widerstandskräfte besteht aus Kämpfern, die sich am Islamismus und irakischen Nationalismus orientieren. Saddam ergänzte den irakischen Nationalismus nach dem Golfkrieg 1991 und der Verhängung von Sanktionen gegen das Land mit islamistischen Elementen. Damit trug er der Hinwendung der Bevölkerung zum Islam angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs Rechnung. Diese starken nationalistischen und religiösen Einflüsse erzeugten eine Ideologie, die die Verteidigung der Heimat mit dem Kampf gegen nichtmuslimische Invasoren verbindet. Dieser ideologische Aspekt der Widerstandsbewegung hat Anhänger unter Sunniten und Schiiten.

Kriminelle Gruppen nutzen den Aufstand für ihre Zwecke. Sie waren die ersten, die irakische Landsleute entführten, um Lösegeld zu erpressen. Terroristen übernahmen bald diese Methode: Sie entführen Ausländer, um sich die Aufmerksamkeit der internationalen Medien zu sichern und sich zu finanzieren.

Ausländische und irakische Jihadisten gingen beim Kidnapping noch einen Schritt weiter. Sie töteten ihre Opfer – für gewöhnlich durch Enthauptung – vor laufender Kamera. Iraker sollen dadurch vor einer Zusammenarbeit mit den Besatzungstruppen abgeschreckt und Regierungen zum Abzug ihrer Truppen aus dem Irak bewogen werden.

Al Kaida-Organisation in Mesopotamien

Aus der Reihe der vier bedeutendsten Gruppierungen sticht die al Kaida naturgemäß hervor. Die Gruppe wurde und wird durch ihren Gründer, den Jordanier Abu Musab al-Zarkawi, geprägt. Sie besteht vor allem aus arabischen Freiwilligen aus dem Ausland. Für die logistische Unterstützung ist jedoch eine solide Basis an Sympathisanten im Irak notwendig.

Die USA schätzen ihre Zahl auf etwa 3.500 Mann. Ihren eigenen Angaben zufolge verfügt sie über 15 Brigaden. Im Sprachgebrauch arabischer Militärs besteht eine Brigade aus 100 bis 300 Mann. Zwei der Einheiten sollen Märtyrerbrigaden sein, also aus potenziellen Selbstmördern bestehen.

Die Bedeutung der Gruppe für die Widerstandsbewegung ist unklar. Einige Beobachter glauben, dass sie überschätzt wird, da die USA Attentate vorzugsweise ihr zuschreiben. Andere Gruppen sehen dies nicht ungern, da Zarkawi manchmal so die Verantwortung für ihre eigenen Anschläge zugeschoben wird. Andere Beobachter glauben, dass die Al Kaida in Mesopotamien eher ein lockeres Netzwerk kleiner Gruppen mit einer gemeinsamen „Trademark“ ist. Dies könnte übrigens auch auf andere Widerstandsgruppen von vergleichbarer Größe zutreffen.

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Der Jordanier al-Zarkawi ist der Stellvertreter Osama bin Ladens im Irak und der schärfste Widersacher der USA.

Partisanen der Sunna-Armee

Die Gruppe soll über 16 Brigaden verfügen und basiert ideologisch auf dem Salafismus. Diese Bewegung bezieht sich auf den Islam in einer Form, wie er von den ersten drei Generationen der Moslems praktiziert wurde. Alles, was von dieser vermeintlich reinen Lehre abweicht, das heißt jegliche Innovation oder Reform, ist für Salafisten ein Vergehen an der religiösen Wahrheit und muss entfernt werden. Obwohl sich die Gruppe gleichzeitig betont patriotisch gibt, ist sie zumindest genauso radikal wie die al Kaida.

Die Islamische Armee im Irak

Eigenen Angaben zufolge verfügt diese Gruppe über 13 Brigaden. Auch sie vermischt Salafismus mit Patriotismus, allerdings gilt sie als eine der nationalistischeren unter den Widerstandsgruppen. Sie soll sich vor allem aus ehemaligen Offizieren des Saddam-Regimes zusammensetzen. Unerfahrene, aber patriotische Kämpfer machen einen Gutteil der Gruppe aus, für Unterstützung sorgen salafistische Kleriker. Deren Verbindungen in der gesamten islamischen Welt sind eine wichtige Geldquelle.

Islamische Front des irakischen Widerstands

Glaubwürdigen Quellen zufolge handelt es sich hier um keine bewaffnete Gruppe im eigentlichen Sinn. Sie ähnelt vielmehr einer „Public Relations-Abteilung“, die von mehreren anderen Widerstandsgruppen genutzt wird. Sie selbst übernimmt immer wieder die Verantwortung für Anschläge, konzentriert sich jedoch auf Propaganda. Ihre Ideologie ist vor allem nationalistisch mit salafistischen Einflüssen.

Widerstandskämpfer verfolgen mehrere Strategien

Zwischen den Widerstandsgruppen einerseits sowie zwischen diesen Gruppen und deren Kämpfern und Unterstützern andererseits existiert ein ständiger Dialog. Diskutiert wird unter anderem über Strategien zur Bekämpfung des Feindes und Lehren aus erlittenen Niederlagen im Irak. Informationen über neue Techniken, vor allem die Konstruktion von Bomben und deren Einsatz, werden in Artikeln, Handbüchern und Videofilmen weitergegeben. Auf Webseiten werden aktuelle politische Positionen, Allianzen und Änderungen der Strategie bekannt gemacht.

Unterschiedliche politische Strategien

Die größten Widerstandsgruppen haben bisher die Veröffentlichung eigener politischer Programme vermieden. Sie beschränken sich darauf, die Vertreibung der Besatzungstruppen als Ziel zu nennen, ohne zu sagen, was nach dem Ende des von den USA gestützten politischen Prozesses kommen soll. Die Aufständischen konzentrieren sich im Moment darauf, eine Stabilisierung des Irak zu verhindern.

Der Einfluss des Salafismus steht auch der Vorstellung von der Notwendigkeit eines politischen Programms entgegen. Während Islamisten sich in Parteien organisieren, um an die Macht zu kommen, lehnen Salafisten dies ab und betonen die Wichtigkeit des frommen Verhaltens des Einzelnen.

Der Jihad gilt als individuelle Pflicht, die ein politisches Programm unnötig macht.

Aus den Aussagen der Aufständischen lassen sich Schlüsse auf ihre politischen Vorstellungen ziehen. So wollen sie nach einer Vertreibung der US-Truppen alle Auswirkungen der Besetzung beseitigen. Die Widerstandskämpfer berufen sich auf den islamischen Grundsatz, dass alle Auswirkungen einer ungerechten Tat selbst ungerecht sind. Da die Intervention sowohl nach islamischem Recht als auch nach Völkerrecht illegal war, sind die danach entstandenen politischen Institutionen ebenfalls illegal und müssen verschwinden.

Die Widerstandsgruppen haben jedoch verschiedene Auffassungen darüber, wie der politische Prozess am effektivsten gestört werden kann. Einige wollen daran teilnehmen, um ihn zu untergraben, andere wollen ihn durch ständige Angriffe zerrütten. Alle sind sich jedoch darüber einig, dass der politische Prozess manipuliert ist – die Schiiten sitzen an den Hebeln der Macht und die Kurden sind de facto unabhängig.

Die unterschiedlichen strategischen Ansätze wurden bei den Wahlen und beim Verfassungsreferendum 2005 deutlich. Vor den Wahlen im Jänner bedrohte die Al Kaida in Mesopotamien die Wähler und rechtfertigte Gewalt mit religiösen Argumenten. Die Islamische Front des irakischen Widerstands hingegen rief zum Boykott der Wahlen auf. Das Ergebnis war große Verwirrung in der Bevölkerung, für die die Zielsetzung der vereinzelt Anschläge nicht erkennbar war. Daher einigten sich die größeren Gruppen vor der Volksabstimmung im Oktober 2005 auf eine einheitliche Linie. In einer

gemeinsamen Erklärung riefen sie zum Boykott auf. Im Dezember wurde diese Linie beibehalten: Die Wahlen wurden als illegitim und ungültig bezeichnet, Anhänger jedoch aufgerufen, Wahllokale nicht anzugreifen. Diese Entwicklung zeigt, dass die Aufständischen die politische Realität erkennen und es nicht reicht, den politischen Prozess als inhaltsleer zu bezeichnen und sich ausschließlich auf bewaffneten Kampf zu stützen. Bisher haben die Aufständischen keine politische Alternative präsentiert. Sollte dies einmal geschehen, sind zwischen den Gruppen ernste Meinungsunterschiede zu erwarten.

Einheitliche Kommunikationsstrategie

Die Aufständischen einigten sich im Lauf der Zeit auf eine Reihe von Positionen, mit denen sie sich an Unterstützer, andere Iraker und den Westen wenden.

Alle Gruppen streiten die Beteiligung an Anschlägen ab, die ausschließlich schiitische Zivilisten zum Ziel haben. Selbst al-Zarkawi beschreibt seine Gegner als Häretiker und vermeidet es, sich direkt gegen die Schiiten zu wenden. Das bedeutet aber nicht, dass Schiiten nicht Ziele von Attentaten sind. Fast alle Iraker, die Sunniten eingeschlossen, glauben, dass al-Zarkawi einen Bürgerkrieg herbeiführen will. Weiters steht fest, dass viele Selbstmordanschläge gerade auf schiitische Moscheen verübt werden.

„If this is not a civil war, then God knows what civil war is“

Ex-Premier Iyad Allawi über die Lage im Irak

Die Widerstandskämpfer sind zunehmend um ein positives Image in der Öffentlichkeit bemüht. Anschuldigungen seitens der USA oder irakischer Politiker werden scharf zurückgewiesen. In einigen Fällen entschädigten Aufständische betroffene Zivilisten für die Beschädigung ihres Eigentums durch einen Anschlag. Es handelt sich dabei aber noch lange nicht um eine kohärente Strategie. Die Aufständischen setzen vielmehr auf Fehler der USA und der irakischen Behörden.

Die USA und die irakischen Sicherheitskräfte werden regelmäßig aller möglicher Untaten beschuldigt, um sich so entlasten. Die Widerstandskämpfer veröffentlichen immer wieder nicht überprüfbare Zahlen von

durch Aktionen der US-Truppen oder der irakischen Sicherheitskräfte getöteten Zivilisten. Weiters wird die Brutalität ihres Vorgehens mit „Zeugenaussagen“ untermauert. Damit soll jedem klar gemacht werden, dass die USA das Land nicht wiederaufbauen und demokratisieren, sondern mit Hilfe „opportunistischer Kollaborateure“ unterjochen wollen.

Militärische Abnutzungsstrategie

Die Widerstandskämpfer haben eigene Misserfolge sowie Schwächen ihrer Gegner gründlich analysiert und daraus Schlüsse gezogen. Es existiert mittlerweile eine Art gemeinsamer Doktrin, die auf einigen Grundsätzen aufbaut.

So wollen die Aufständischen durch ständige Bedrohung und Angriffe die Besatzungstruppen zum Rückzug zwingen. Die Belagerung von Falludja im November 2004 scheint ein einschneidendes Ereignis gewesen zu sein. Es zeigte sich hier, dass der Versuch, den US-Truppen direkt entgegenzutreten und Positionen zu halten, sinnlos ist. In einer Publikation schlug die Al Kaida in Mesopotamien daher vor, in Stadtgebieten die direkte Konfrontation mit US-Truppen zu vermeiden. Angriffe sollten schnell und in der Stadtmitte erfolgen, um Gegenangriffe aus der Luft zu verhindern. Sollten die Widerstandskämpfer eine Stadt in Besitz nehmen können, müssen sie sie räumen, bevor die US-Truppen diese für die Rückeroberung einschließen. Der Belagerungsring sollte dann von außen mit Raketenwerfern und Scharfschützen angegriffen werden. Nach der Besetzung einer Stadt sollten die US-Truppen gerade dort angegriffen werden, weil sie sich in Sicherheit wiegen.

Diese Abnutzungsstrategie zeigte deutliche Erfolge – die Bewegungsfreiheit der US-Truppen wurde eingeschränkt.

Eine Normalisierung verhindern

Aus Sicht der Aufständischen wollen die USA ein Marionettenregime etablieren, durch das eine Art von Normalität entstehen soll. Angriffe gegen staatliche Infrastruktur und Sabotage des Wiederaufbaus sollen dies verhindern. Die Unterbrechung der Wasser- und Stromversorgung ist in letzter Zeit nicht mehr Ziel der Widerstandskämpfer. Angriffe auf Ölpipelines kommen dagegen besonders im Norden des Landes häufig vor.

Die Jagd auf „Kollaborateure“ ist wesentlicher Teil des

Aufstands. Seit 2003 werden Iraker, die mit den Koalitionstruppen angeblich oder tatsächlich kooperieren, eingeschüchtert und getötet. Die erfolgreiche Beteiligung irakischer Sicherheitskräfte an der Operation gegen das von Aufständischen besetzte Tell Afar im September 2005 war diesbezüglich ein einschneidendes Ereignis. Seither ist für die Aufständischen die Bekämpfung des „inneren Feindes“ von großer Bedeutung.

Von Zeit zu Zeit führen Widerstandsgruppen große Operationen durch, die umfangreiche Planung, die Mobilisierung vieler Kämpfer und Koordination zwischen den Gruppen erfordert. Die Ziele haben dabei hohen symbolischen Wert, und die Operation wird danach mit besonders aufwändigen Videos dokumentiert. Diese Aktionen sollen für Schlagzeilen sorgen, Aufmerksamkeit erregen und die Fähigkeit der Aufständischen demonstrieren, überall und jederzeit zuschlagen zu können.

Religion, Gewalt und Milizen

Das Sicherheitsproblem im Irak ist vielschichtiger geworden. Neben dem Kampf irakischer Aufständischer gegen die Koalitionstruppen und die irakischen Sicherheitskräfte ist zunehmend religiös organisierte Gewalt zu beobachten. Sunniten und Schiiten greifen einander immer öfter an.

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Wütende Proteste der Schiiten nach der Zerstörung der Kuppel (links oben) der al-Askari-Moschee in Samarra

Einige Experten meinen, dass im Irak bereits Bürgerkrieg herrscht, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Die Gruppe al-Zarkawis verübte bereits in der Vergangenheit Attentate auf schiitische Ziele, um einen Bürgerkrieg zu provozieren. So war sie etwa für das Bombenattentat auf die Imam Ali-Moschee in Najaf im

August 2003 verantwortlich, dem etwa 100 Menschen zum Opfer fielen.

Al-Zarkawis Strategie wurde inzwischen von anderen Extremisten übernommen. Im März 2004 waren Schiiten, die am Aschura-Fest in Bagdad und Kerbala teilnahmen, Ziel mehrerer Anschläge. Bei einem Anschlag auf die für die Schiiten bedeutende al-Askari-Moschee in Samarra im Februar 2006 wurde deren Kuppel zerstört. Bei den folgenden Ausschreitungen kamen im ganzen Land hunderte Menschen ums Leben. In beiden Fällen sind die Täter unbekannt, es werden jedoch radikale Sunniten verdächtigt.

Seit Mitte 2005 häufen sich die Berichte über Angriffe und Vergeltungsaktionen zwischen Sunniten und Schiiten. Die Zahl der toten Zivilisten, die gefesselt und geknebelt auf Feldern oder in Flüssen gefunden werden, steigt ständig. Schiitische Führer machen sunnitische Aufständische und ausländische Widerstandskämpfer für die Verbrechen verantwortlich. Die Sunniten beschuldigen im Gegenzug die Schiiten und Kurden, ihre Milizen und die von ihnen kontrollierten Sicherheitskräfte gegen sie einzusetzen.

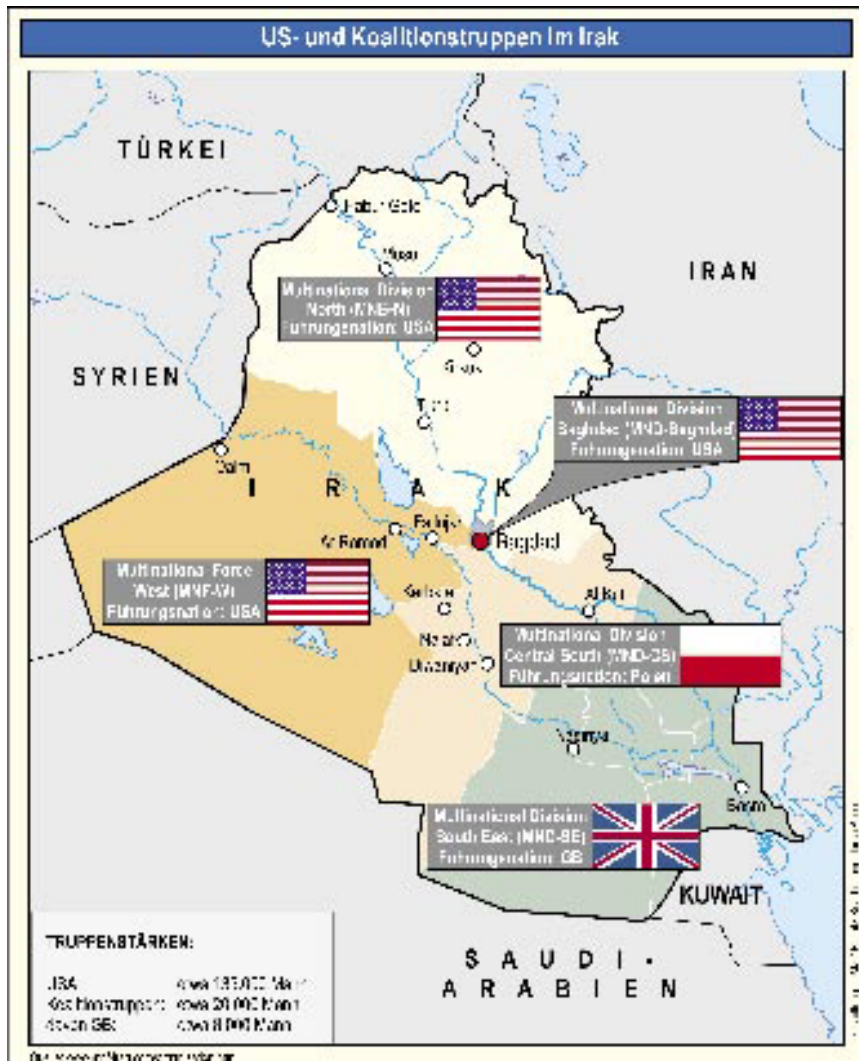
Um sich gegen religiös motivierte Angriffe seitens der Schiiten und Kurden zu wehren, gaben Sunniten öffentlich die Gründung einer eigenen Miliz bekannt. Einige sunnitische Führer sprachen sich allerdings gegen sunnitische Angriffe auf schiitische Zivilisten aus. Bezeichnenderweise wurden mehrere sunnitische Politiker, die mit Schiiten verhandelten oder sich für eine Teilnahme am politischen Prozess aussprachen, von sunnitischen Widerstandskämpfern getötet.

Die größte schiitische Miliz, die vermutlich gegen Sunniten vorgeht, bilden die vom SCIRI kontrollierten und etwa 20.000 Mann starken Badr-Brigaden. Sie wurden während des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran (1980-1988) unter

irakischen Kriegsgefangenen rekrutiert. Die Einheiten wurden von iranischen Revolutionswächtern aufgestellt, ausgebildet und ausgerüstet und übernehmen in süd-irakischen Städten inoffiziell Polizeiaufgaben. Viele Mitglieder der Badr-Brigaden sollen sich den Sicherheitskräften, vor allem der Polizei, angeschlossen haben.

Die Stärke der Mahdi-Armee al-Sadr ist unbekannt. Sie dürfte sich jedoch von den in den Kämpfen gegen US-Truppen 2004 erlittenen Verlusten weitgehend erholen haben. Die Miliz hält sich seither zurück. Sie kontrolliert Teile Bagdads und überwiegend schiitischer Städte, angeblich mit stiller Zustimmung der US-Truppen.

Die Milizen der Kurdenparteien (Peschmerga) sind insgesamt etwa 70.000 bis 100.000 Mann stark und übernehmen vor allem Polizeiaufgaben im nord-irakischen Kurdengebiet. In geringerem Ausmaß sind sie Teil der irakischen Sicherheitskräfte.



Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheitslage

Der andauernde Widerstand zwang die USA, ihre Gesamtstrategie im Irak zu ändern. Um die Sicherheitslage im Land zu stabilisieren, verfolgt Washington nun eine Strategie, die es „Clear, Hold, and Build“ nennt. Das bedeutet konkret, dass bestimmte Gebiete von Aufständischen gesäubert werden. Irakische und US-Truppen bleiben hier stationiert und verhindern das neuerliche Eindringen von Widerstandskämpfern. Sie beschützen auch zivile Experten, die Wiederaufbaumaßnahmen in diesem Gebiet durchführen. In Verbindung damit werden auch regionale Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams - PRTs) gebildet, die es bereits in Afghanistan gibt. Zwischen 70 und 100 zivile und militärische Mitarbeiter unterstützen dabei irakische Behörden aller Ebenen bei Wiederaufbaumaßnahmen. Bis Juli 2006 soll es 16 PRTs geben. Allerdings hat das US-Militär eingewendet, dass die langfristige Bindung von Truppen den Plan, die Truppenstärke im Irak zu reduzieren, gefährdet.

Nicht unerheblich für die Stabilisierungsbemühungen sind private Sicherheitsdienste (Private Military Companies – PMCs), deren Stärke bereits in die Zehntausende gehen dürfte. Als Auftragnehmer vor allem der Regierungen der USA und Großbritanniens, aber auch vieler privater Unternehmen, sorgen sie primär für die Bewachung gefährdeter Personen und Anlagen.

Sie tragen häufig Uniformen, unterliegen aber keinem militärischen oder polizeilichen Reglement. PMCs bewegen sich oft in einer Grauzone; ihre Einsätze und ihr Auftreten werden zumeist sehr kritisch gesehen. Zweifelsohne stellen sie jedoch für die US-Streitkräfte eine Entlastung dar, die im Falle eines auch nur teilweisen Abzugs noch an Bedeutung gewinnen kann.

Eine Sonderform stellen die „Facility Protection Services“ mit einer Stärke von 150.000 Mann dar. Sie bewachen Minister sowie Öl- und Elektrizitätsanlagen, unterstehen aber weder dem Innen- noch dem Verteidigungsministerium. Wenn überhaupt, werden sie von den jeweiligen Ministerien kontrolliert.

Die Stärke der US-Truppen im Irak beträgt im Mai 2006 etwa 135.000 Personen. Dazu kommen weitere 50.000, die in Kuwait und der übrigen Golfregion stationiert sind. Weiters stehen etwa 20.000 Mann der

28 Koalitionspartner im Land. Allerdings wird deren Stärke im Laufe des Jahres 2006 sinken. Einige Staaten, die die USA ursprünglich im Irak militärisch unterstützten, haben ihre Einheiten bereits zurückgezogen bzw. verfolgen entsprechende Pläne. Auch die engsten Verbündeten wollen ihre Truppen teilweise abziehen. Großbritannien, das mit 8.000 Mann das zweitstärkste Kontingent stellt, überlegt einen Teilabzug noch 2006; allerdings existiert noch kein Zeitplan. Polen, das wie die Briten eine multinationale Division führt, hat seine Truppen schon deutlich reduziert und überlegt, den Rest mit Ende des Jahres abzuziehen. Auch Italien wird seine Truppen rückführen.

“What are they going to do, put a soldier in front of each Sunni house?”

Ein Iraker über die Gefahr durch schiitische Milizen

Bis 3. Mai 2006 starben über 2.400 US-Soldaten im Irak, davon etwa 1.900 im Kampf. Über 17.700 wurden verletzt. Etwa 200 Soldaten aus anderen Ländern der Koalition kamen um. Die irakischen Sicherheitskräfte verloren etwa 2.000 Mann im Einsatz. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung werden offiziell auf etwa 30.000 Personen geschätzt. Tatsächlich dürften es mehr sein.

Forcierter Aufbau irakischer Sicherheitskräfte

Der Aufbau irakischer Sicherheitskräfte ist ein wesentlicher Baustein der US-Gesamtstrategie im Irak, wobei auch andere Staaten Beiträge leisten. Alle NATO-Mitglieder beteiligen sich an Ausbildungsprogrammen für irakische Offiziere. Über 150 NATO-Ausbilder sind bereits im Einsatz, noch einmal so viele sollen dazukommen. Das Training findet nicht nur im Irak selbst, sondern auch in NATO-Einrichtungen in Europa statt. Zusätzlich bilden auch andere Länder auf bilateraler Ebene irakisches Militärpersonal aus, darunter Jordanien und Ägypten.

Die Ausbildung von Polizisten findet im Irak selbst, in Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten statt. Hier sind ebenfalls zahlreiche Staaten beteiligt, darunter auch neutrale EU-Mitglieder.

Je nach Fortschritt sollen die US-Truppen im Land

verringert werden. Laut Pentagon weisen die irakischen Sicherheitskräfte mit Stand 3. Mai 2006 eine Stärke von etwa 250.000 Mann auf. Dem Innenministerium unterstanden etwa 138.700 Mann Polizei, dem Verteidigungsministerium etwa 115.000 Soldaten, die als „ausgebildet und ausgerüstet“ bezeichnet wurden. Bis August 2007 sollen insgesamt 325.000 Mann zur Verfügung stehen. Bisher investierten alleine die USA etwa 11 Milliarden US-Dollar in Ausbildung und Ausrüstung der irakischen Sicherheitskräfte.

Die offiziellen Angaben zu Stärke und Qualität der irakischen Sicherheitskräfte sind jedoch zu hinterfragen. Man nimmt an, dass möglicherweise zehntausende Polizisten unerlaubt abwesend oder sogar desertiert sind. Die Einheiten des Innenministeriums sind nicht kaserniert, sondern leben bei ihren Familien, was ihre Zählung erschwert. Auch die Einsatzfähigkeit der Sicherheitskräfte ist fraglich – nur insgesamt etwa 35.000 Mann können ohne massive Unterstützung durch Koalitionstreitkräfte ihre Aufgaben erfüllen. Eine deutliche Verbesserung der Einsatzbereitschaft wird Experten zufolge noch mindestens 18 bis 24 Monate erfordern.

Angesichts der deutlichen Defizite verfolgt das US-Militär nun das Konzept der „eingebetteten Trainer“. Je ein US-Soldat soll jeweils zehn irakische Soldaten schulen, 10.000 Mann sind dazu abkommandiert. Dasselbe Konzept soll auch in der Polizeiausbildung greifen, für die 2.000 Ausbilder vorgesehen sind.

Wiederaufbau und internationales Engagement

Die Öleinnahmen sind zu gering

Nach dem Sturz Saddam Husseins beschloss die internationale Staatengemeinschaft 2003, den Irak bei seinen wirtschaftlichen und politischen Reformen zur Errichtung einer Demokratie massiv zu unterstützen.

Im Oktober 2003 fand in Madrid eine internationale Geberkonferenz zur Unterstützung des Wiederaufbaus statt. Im Vorfeld erstellten Weltbank und UNO einen Bericht, der die Gesamtkosten für den Wiederaufbau bis 2007 auf 56 Milliarden US-Dollar schätzte. Zu diesem Zeitpunkt waren die tatsächlichen Kosten aufgrund der Instabilität im Land und der notwendigen Sicherungsmaßnahmen aber noch nicht absehbar. Auf weiteren Konferenzen wurden zusätzliche 13,5 Milliar-

den US-Dollar zugesagt. Irakische Vertreter betonten, dass das Land Projekte bereits selbst durchführen könne und daher der Einsatz teurer ausländischer Firmen nicht mehr notwendig sei.

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Ständige Anschläge auf Ölpipelines beeinträchtigen den Wiederaufbau empfindlich.

Mit etwa 28 Milliarden US-Dollar hat Washington bisher den größten Beitrag zur Finanzierung der Reformen und des Wiederaufbaus geleistet. Angesichts des starken bewaffneten Widerstands erfolgte ein Strategiewechsel, wodurch das Schwergewicht der Aktivitäten auf rasch wirksame Projekte wie den Bau von Kanälen und Straßen verlagert wurde. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen für möglichst viele Iraker sollen damit auch spürbare Verbesserungen im Alltag erzielt werden.

Für die irakische Wirtschaft ist die Ölindustrie von zentraler Bedeutung. Wiederaufbau und Modernisierung dieses Zweiges steht daher im Mittelpunkt der US-Bemühungen. Der Irak verfügt nach Saudi-Arabien über die zweitgrößten Ölreserven der Welt, der Großteil davon ist noch nicht erschlossen. Washington ging daher vor der Intervention davon aus, dass der Wiederaufbau weitgehend oder ganz mit den Erlösen aus dem Öllexport finanziert werden könnte. Aufgrund zahlreicher Anschläge und veralteter Infrastruktur und trotz der Aufhebung der Sanktionen liegen Ölproduktion und -exporte noch unter dem Vorkriegsniveau. Allerdings

machten die steigenden Ölpreise den Ausfall wett. Die USA importieren täglich etwa 660.000 Fass Rohöl aus dem Irak. Umgekehrt muss das Land Benzin importieren, da seine Raffineriekapazitäten unzureichend sind.

Irak - Ein Faß ohne Boden

Neben der Ölindustrie sind vor allem Energie- und Wasserversorgung sowie Infrastruktur vorrangige Bereiche. Die bisherigen Kosten der USA für Einmarsch, Besetzung und Wiederaufbau dürften mittlerweile bereits 320 Milliarden US-Dollar überschritten haben. Schätzungen gehen von einem Gesamtbedarf von über 600 US-Milliarden Dollar aus.

Der Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz schätzte in einer Studie die Gesamtbelastung für den Staatshaushalt der USA sogar auf bis zu knapp unter 1,3 Billionen US-Dollar. Er bezog in seine Berechnung die zu erwartenden Zusatzausgaben ein, so die Versorgung von Kriegsveteranen und die Kosten der zusätzlichen Staatsverschuldung. Die Studie löste allerdings heftigen Widerspruch aus.

Die US-Regierung hat erklärt, die Unterstützung für den Wiederaufbau schrittweise senken zu wollen. Andere Geldgeber und der Irak mit seinen Staatseinnahmen sollen nun vermehrt dafür aufkommen. Es ist jedoch zu erwarten, dass die USA auch weiterhin beträchtliche Summen für den Wiederaufbau aufbringen müssen, da die Finanzierung der von Washington zugesagten und bereits begonnenen Projekte bis zu ihrer Fertigstellung notwendig ist. Der Irak selbst kann diese Kosten nicht übernehmen, und andere Geber dürften nicht übermäßig an der Finanzierung von US-Projekten interessiert sein.

„Die wirksamste Methode zur Bekämpfung des Widerstands ist die Verbesserung der Alltagsverhältnisse“

Interne Studie der US-Armee, Carlisle 2005

Die EU leistet vor allem humanitäre Hilfe sowie Unterstützung für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau. Insgesamt hat die EU bisher etwa 520 Millionen Euro in den Wiederaufbau des Irak investiert. Die – derzeit sehr fernen – Ziele der Unterstützung sind die Entwicklung eines stabilen und demokratischen Irak, der über eine offene Marktwirtschaft verfügt und in das internationale System integriert ist.

Die UNO konzentrierte sich bisher vor allem auf den politischen Prozess im Irak. Im Zentrum der Bemühungen der UNAMI stand daher die Unterstützung der irakischen Behörden bei Organisation und Durchführung der Wahlen und des Verfassungsreferendums 2005. Die Wiederherstellung der Infrastruktur wird nun in den Vordergrund treten, die Bedeutung humanitärer Hilfe hat abgenommen. Es ist zu erwähnen, dass UNAMI auch Anstrengungen im Bereich Bildung und Kultur im Irak unternimmt. Dem „United Nations Development Group Iraq Trust Fund“ stehen insgesamt über 900 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

Auswirkungen auf die Region

Die Lage im Irak hat unweigerlich Auswirkungen auf die Lage in der Region. Der Widerstand wirkt sich auch auf andere Staaten aus, die Probleme der USA im Land beeinflussen die Außenpolitik einiger Länder. Die Intervention im Irak hat im Mittleren Osten einiges bewegt – wenn auch nicht unbedingt im Sinne der US-Administration.

Syrien und der Iran fühlten sich nach dem schnellen militärischen Sieg der Koalitionstruppen verwundbar. Deren scheinbar überzeugender Erfolg bewog Damaskus und Teheran dazu, sich den Tatsachen zu beugen. Beide boten den USA Zusammenarbeit an, um einen Versuch Washingtons, auch in ihren Staaten einen Regimewechsel herbeizuführen, abzuwenden. Mit der Verschlechterung der Lage im Irak verbesserte sich jedoch die Position des Iran gegenüber den USA erheblich.

Der Iran profitierte bei näherer Betrachtung von den US-geführten Interventionen in Afghanistan und dem Irak. Beide Nachbarstaaten hatten zuvor für Teheran Probleme dargestellt. Zu den radikal sunnitischen Taliban in Afghanistan war das Verhältnis äußerst gespannt gewesen und Saddam hatte 1980 bis 1988 gegen den Iran Krieg geführt. Das Land ist nun ein stärkerer Machtfaktor in der Region als je zuvor und verfügt über bedeutenden Einfluss im Irak. Im Konflikt um das iranische Nuklearprogramm muss Washington dies berücksichtigen, wenn man Teheran mit einem militärischen Schlag droht.

Syrien war nach dem Sieg der US-Truppen im Irak in einer wesentlich schlechteren Lage als der Iran. Damaskus musste befürchten, wegen seiner Unterstützung für radikale Palästinensergruppen das nächste Ziel einer Offensive zu werden. Dem damaligen US-Außenmi-

nister Colin Powell wurde daher bei einem Besuch im Mai 2003 die Einstellung dieser Unterstützung zugesichert. Weiters wurden hohe Funktionäre des Saddam-Regimes, die nach Syrien geflohen waren, an den Irak ausgeliefert. Die USA warfen dem Land jedoch vor, die Widerstandskämpfer im Irak zu unterstützen und verhängten Ende 2003 Sanktionen. Nach der Ermordung des libanesischen Ex-Premiers Rafik Hariri im Februar 2004 in Beirut stand der syrische Geheimdienst bald unter Tatverdacht. Damaskus stand unter starkem internationalem Druck und musste seine Truppen aus dem Libanon zurückziehen.

Für die Türkei ist von fundamentaler Bedeutung, die Entstehung eines unabhängigen kurdischen Staates im Norden des Irak zu verhindern. Die starke kurdische Minderheit im Land könnte sich dadurch in ihren Jahrzehnte lang erhobenen (und auch mit Gewalt unterstützten) Forderungen nach Autonomie bestärkt fühlen. Die kurdischen Aufständischen in der Türkei haben sich nach ihrer Niederlage 1999 in den Nordirak zurückgezogen. Zu ihrer Bekämpfung hat die türkische Armee bereits in der Vergangenheit im Irak interveniert – Istanbul ist auch zu einer neuerlichen Militäraktion bereit.

Die Gruppe um Zarkawi stellt für Saudi-Arabien ein Sicherheitsproblem dar. Ein Ziel der al Kaida ist die Vertreibung der USA von der arabischen Halbinsel. Riad ist jedoch ein wichtiger Verbündeter Washingtons im Nahen Osten. Die Islamisten wollen daher auch das in ihren Augen verwestlichte Regime beseitigen. Terrorismus wurde daher auch für Saudi-Arabien ein ernstes Problem, das die Sicherheitskräfte aber vor erhebliche Probleme stellt.

Jordanien und Israel betrachten al Kaida ebenso als Gefahr. Osama bin Laden will den Staat Israel beseitigen, weswegen Jerusalem über die wachsende Stärke der Islamisten im Irak besorgt ist. Als „Sprungbrett“ nach Israel wollen diese Jordanien benutzen, weshalb sie auch versuchen, dieses Land zu destabilisieren.

Wie geht's weiter?

USA sind zum Bleiben gezwungen

Selbst unverbesserliche Optimisten prophezeien dem Irak noch harte Jahre, geprägt von Instabilität, Unruhen und Anschlägen sowie einer schlechten Wirtschaftslage. Man geht davon aus, dass ein Normalisierungspro-

zess – sofern er nicht durch einen Bürgerkrieg abrupt gestoppt wird - noch unzähliger Anstrengungen bedarf, mindestens ein Jahrzehnt dauern und von vielen Rückschlägen begleitet sein wird. Dabei steht außer Zweifel, dass die weitere Entwicklung maßgeblich von den Entscheidungen und vom Verhalten der USA abhängig ist. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Optionen Washington grundsätzlich offen stehen. Dabei kam man grundsätzlich vier Alternativen ausmachen:

- Keine Änderungen in der bisherigen Strategie;
- unverzüglicher Abzug (binnen sechs Monaten);
- Abzug nach genauem Zeitplan oder
- Reduktion der US-Truppen je nach der Lage vor Ort.

Die zunehmend kritische Einstellung der US-Bevölkerung gegenüber dem Irak-Engagement, die mangelnden Erfolge sowie der erstarkende Widerstand des irakischen Untergrunds bringen die Bush- Administration vermehrt in Zugzwang. Eine unveränderte Fortsetzung des bisherigen Kurses wäre daher aus innen- wie außenpolitischen Überlegungen kontraproduktiv. Die Optionen „unverzüglicher Abzug“ oder „Abzug nach genauem Zeitplan“ würden unweigerlich und unverzüglich im Chaos oder Bürgerkrieg im Irak enden und als Niederlage der USA interpretiert. So bleibt daher realistisch betrachtet nur eine sukzessive, situationsabhängige Reduktion der US-Streitkräfte („exit without panic“).

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Die USA versuchen, die Bevölkerung für sich zu gewinnen - so soll der Widerstand geschwächt werden.

Die aktuellen Maßnahmen der Bush-Regierung bestätigen diese Vermutung. So wird erwartet, dass die USA bis Jahresende 2006 nur wenige tausend Soldaten aus dem Irak abziehen. Washington forciert daher den Auf- und Ausbau der irakischen Sicherheitskräfte, um ihnen vermehrt auch komplexe und gefährliche Aufgaben

übertragen zu können. Auch die Ende 2005 verkündete „National Strategy for Victory in Iraq“ weist in diese Richtung. Die Planer nehmen dabei Abstand von einer raschen Gesamtbefriedung des Irak und setzen nunmehr auf die stabilisierende Wirkung „sicherer Enklaven“. Demzufolge sollen Städte und Gebiete sukzessive und dauerhaft unter die Kontrolle der irakischen Sicherheitskräfte gebracht und gegen neuerliche Infiltration durch Aufständische gesichert werden. Mit gezielten und umfangreichen Wiederaufbaumaßnahmen soll nicht nur eine für möglichst viele Iraker spürbare Verbesserung der Alltagsverhältnisse erzielt werden. Mindestens genau so wichtig wäre dabei, dem Widerstand die Unterstützung zu entziehen und Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen.

Entscheidend für einen Erfolg dieser Strategie wird auch sein, ob sich die maßgeblichen irakischen Gruppierungen eher durch den bewaffneten Kampf oder durch politische Verhandlungen größere Erfolgschancen ausrechnen. Der im letzten Halbjahr erkennbare politische Teilnahmewille sunnitisch-arabischer Gruppierungen, der beim Verfassungsreferendum und den Parlamentswahlen bereits zu sehen war, könnte dabei einen Silberstreif am Horizont bedeuten. Andererseits nährt das Vorgehen verschiedener Milizen die Befürchtungen eines Bürgerkrieges.

Die Zukunft liegt in irakischen Händen

Von der Entwicklung der Sicherheitslage wird auch die zukünftige politische Gestaltung des Irak abhängen. Ein Bürgerkrieg würde sicherlich die Wahrscheinlichkeit eines Zerfalls oder einer Unabhängigkeitserklärung des kurdischen Nordens erhöhen. Daran könnte vermutlich auch das Interesse der Nachbarstaaten am Erhalt eines (schwachen) Gesamtirak nur wenig ändern. Bei allem Druck von außen wird es aber letztlich wohl bei den irakischen politischen und religiösen Führern liegen, ob das Land in der bisherigen Form erhalten bleibt, ob es eine lose oder starke Föderation wird oder tatsächlich zerfällt. Bisherige Äußerungen bestimmender Kräfte deuten eher auf eine föderale Lösung hin.

Eines erscheint jedenfalls klar: Eine rasche und selbsttragende Stabilisierung und Normalisierung der Verhältnisse bleibt auf Jahre hinaus Wunschdenken. Genau so wenig ist zu erwarten, dass die irakische Gesellschaft einen Aufschwung ohne substanzielle Hilfe der Internationalen Staatengemeinschaft schaffen könnte. Die Maßnahmenpalette reicht dabei vom Schuldennachlass über wirtschaftliche Hilfe bis zur nachhaltigen Unter-

stützung beim Aufbau des Sicherheitsapparates sowie staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Alleine angesichts der Prognose, dass innerhalb weniger Jahrzehnte die Erdölproduktion im Mittleren Osten und Nordafrika von derzeit 35% auf 44% der weltweiten Förderung steigen muss, um den absehbaren Bedarf im Westen decken zu können, herrscht allgemeines Interesse an einer Beruhigung im Irak. Dazu kommen natürlich viele weitere wirtschaftliche, geopolitische und vor allem humanitäre Aspekte.

Selbst bei einer gesteigerten Handlungs- und Unterstützungsbereitschaft der Staatengemeinschaft bleibt allerdings offen, wie stark sich die innenpolitische Entwicklung im Irak tatsächlich noch von außen beeinflussen lässt. Bei aller angebrachten Skepsis ist allerdings klar, dass ein „Ausblenden“ oder Fallenlassen des Irak aus westlicher Perspektive keine ernstzunehmende Alternative darstellen kann und nur die destruktiven Kräfte im Land und im ganzen Nahen Osten stärken würde.

INTERNET-LINKS

Multinational Forces in Iraq



www.mnf-iraq.com

US-Außenministerium



www.state.gov/p/nea/c3212.htm

US-Verteidigungsministerium



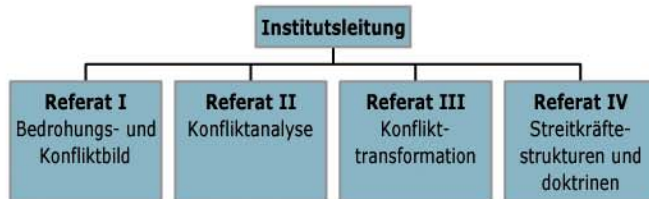
www.dod.mil/home/features/Iraq_Reports/Index.html

Wer sind wir?

Das **Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)** wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung,
- Forschung und Lehre,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Referate im Überblick:



Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Nachbereitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

Streitkräftestrukturen und – Doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

Was bieten wir?

Publikationen (Auszug)

- Transatlantische Beziehungen im Wandel: Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika
- Die Zukunft von Bosnien und Herzegowina
- Neutralität und Europäische Integration: Österreich und Schweden im sicherheitspolitischen Vergleich
- Bosnien und Herzegowina: Europas Balkanpolitik auf dem Prüfstand
- Islam, Islamismus und islamischer Extremismus: Eine Einführung
- From Revolution to Reform: Georgia's Struggle with Democratic Institution Building and Security Sector Reform
- Krisenherd Nordostafrika: Internationale oder afrikanische Verantwortung?
- Transforming National Armed Forces in South East Europe - From the Social to the Military Challenge
- Facing the Terrorist Challenge - Central Asia's Role in Regional and International Co-operation
- Through Economy to Democracy and Security? An Integrated Approach to Stability in South East Europe.
- Afrika im Blickfeld: Kriege – Kriege – Perspektiven
- Kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen und die irakische Verfassung
- Irak 2003 – Aspekte eines Umbruchs
- From Peace Making to Self Sustaining Peace – International Presence in South East Europe at a Crossroads
- Irak unter Saddam Hussein
- Russland – eine Großmacht?
- Kolumbien zwischen Krieg und Frieden
- 10 Jahre Kriegsverbrechertribunal ICTY
- Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan

IFK aktuell: Informationsbroschüre, welche Krisen und Konflikte beleuchtet, die auch Auswirkungen auf Österreich haben können.

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

LANDESVERTeidIGUNGSakademie
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Brigadier Dr. Walter Feichtinger



Institut für
Friedenssicherung und
Konfliktmanagement

Gestaltung & Layout:

Medienstelle der LVAK, Wien
Martin Hofstädter
Florian Gaberszig
Alexander Schindler

Herstellung:

BMLV / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

Autoren:



Brigadier Dr. Walter FEICHTINGER

Leiter Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie (LVAK). Umfangreiche Publikations- und Vortragstätigkeit zu sicherheitspolitischen Themen und Aspekten des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements.



Mag. Thomas ACHLEITNER

Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement. Publikationstätigkeit an der Landesverteidigungsakademie.

